



Einwohnergemeinde
Gemeinderatssitzung vom

Trägerschaft „Case Management-Stelle“

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 5. Juni 2005 stimmte der Souverän der Teilrevision des Gesetzes über die Aufgabenreform „soziale Sicherheit“ (GASS) mit grossem Mehr zu. Ziel der Vorlage ist eine optimalere Zusammenarbeit der im Sozialbereich tätigen Institutionen. Durch das verbesserte Teamwork sollen auch Kosten eingespart werden (*SO+ Massnahme 49, Optimierung Sozialversicherungsvollzug*).

Folgende gesetzliche Grundlage wurde für die zukünftige interinstitutionelle Zusammenarbeit im Kanton Solothurn geschaffen:

§ 7ter. Interinstitutionelle Zusammenarbeit

1 Kanton, Einwohnergemeinden und Sozialversicherungsträgerinnen errichten gemeinsam Anlaufstellen und besondere Stellen zur Fallführung (Case-Management-Stellen), um Aufgaben nach der Sozialgesetzgebung zu erfüllen.

2 Sie können dafür auch mit Dritten Leistungsvereinbarungen abschliessen.

3 Die Infrastruktur- und Betriebskosten (Verwaltungskosten) der Anlaufstellen werden gedeckt über:

a) die Abgeltung der Ausgleichskasse Kanton Solothurn an die Zweigstellen (AHV);

b) den Abgeltungsanteil des Kantons an die Zweigstellen (EL);

c) Gemeindebeiträge soweit nicht in § 6 Absatz 1 litera h des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung vom 26. September 1993 (EG AHV/IV-SO) geregelt.

4 Die Verwaltungskosten der Case-Management-Stellen werden gedeckt:

d) 40% von der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Verordnung vom 29. Juni 2001 über die Entschädigung der Kantone für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes;

e) 20% von der Invalidenversicherung im Rahmen der administrativen Durchführungskosten nach Art. 92 und 93 der Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Januar 1961 (IVV)

f) 40% von den Einwohnergemeinden als Verwaltungskostenbeiträge nach diesem Gesetz.

5 Der Regierungsrat ernennt ein Leitungsorgan, bestehend aus Vertretungen der Arbeitslosenversicherung, der Ausgleichskasse, der Invalidenversicherungs-Stelle und des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden, das für Anlaufstellen und Case-Management-Stellen

a) die strategischen Ziele festlegt;

b) bei Bedarf steuernd eingreift;

c) die operativen Probleme klärt.



Weiteres Vorgehen / Trägerschaft

Der VSEG-Vorstand, aber auch die Projektleitung haben sich entschieden, die Trägerschaft als Verein auszugestalten. Die anfängliche Idee, eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu gründen, wurde aufgegeben. Aus Praktikabilitätsgründen ist die Rechtsform des Vereins geeigneter.

Der Statutenentwurf des zu gründenden Vereins „Case-Management-Stelle des Kantons Solothurn“ liegt nun vor. Er wurde in der vorliegenden Form von den zuständigen Stellen des Bundes und des Kantons sowie vom Vorstand des VSEG akzeptiert. Weil es sich um eine interinstitutionelle Angelegenheit handelt, können an der Gründungsversammlung keine materiellen Änderungen beantragt werden. Die Gemeinden werden gebeten, die Statuten zur Kenntnis zu nehmen und dem Verein beizutreten.

An der VSEG-Generalversammlung vom 27. April 2006 werden unter dem Traktandum „Anträge“ die Statuten vorgestellt. Sofern bis zu diesem Zeitpunkt bereits einige Gemeinderäte einen Vereinsbeitritt formell beschlossen haben wird die Vereinsgründung vollzogen. Anschliessend wird die Höhe des Jahresbeitrags festgesetzt und die Verwaltungskommission gewählt. Weitere Geschäfte können der Gründungsversammlung nicht vorgelegt werden. Die Initiierungsarbeiten für die Schaffung der Case-Management-Stellen werden erst nach der Vereinsgründung aufgenommen. Der Regierungsrat wählt in den nächsten Wochen das Leitungsorgan „Case-Management-Stelle“.

Im Herbst 2006 wird eine erste Delegiertenversammlung einberufen, welche über die ordentlichen Vereinsgeschäfte entscheiden wird. Die Case-Management-Stellen sollen noch im Verlauf des Jahres 2006 operativ werden.

Auswirkungen auf die Gemeinden

Die Finanzierung der Vereinsaufgaben richtet sich nach dem Gesetz sowie den Statuten. Der VSEG-Präsident und der Geschäftsführer beantragen einen Jahresbeitrag von 0 Franken. Die Mitglieder des Vereins sollen keinerlei monetären Lasten tragen, welche die gesetzlich vorgegebenen Finanzierungspflichten überschreiten.

Gemeinden, welche dem Verein beitreten, können im Rahmen der Statuten mitbestimmen. Gemeinden, welche dem Verein nicht beitreten, werden selbstverständlich von den gesetzlichen Pflichten nicht enthoben, verzichten aber auf das Mitwirkungsrecht der Vereinsmitglieder. Aus diesem Grund macht eine Mitgliedschaft möglichst aller Gemeinden Sinn.

Antrag

- 1. Der Gemeinderat nimmt von den Statuten des Vereins „Case-Management-Stelle“ Kenntnis.**
- 2. Die Einwohnergemeinde erklärt den Beitritt zum Verein „Case-Management-Stelle“**

Die VSEG-Geschäftsstelle bittet um die Zustellung eines Protokollauszugs der Gemeinderatsverhandlungen.